



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Prof. Dr. Clemens Arzt
Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement

Aktuelle Rechtsprechung und Aufsätze

Übersicht zu für die Polizeipraxis und -ausbildung interessanten
Gerichtsentscheidungen und Zeitschriftenaufsätzen.

Zur Stichwortsuche benutzen Sie bitte die Suchfunktion Ihres pdf-Readers.

Die Übersicht ist thematisch und innerhalb der jeweiligen Themenkomplexe
chronologisch gegliedert.

Eine Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit kann nicht übernommen werden.

Stand: August 2020

Inhaltsverzeichnis

Das Inhaltsverzeichnis ist interaktiv.
Sie gelangen mit Klicken direkt zum genannten Thema.
Beim Klicken auf die Überschriften gelangen Sie wieder zum Inhaltsverzeichnis.

Polizeirecht Rechtsprechung	3
Polizeirecht Aufsätze	4
Strafprozessrecht Rechtsprechung	6
Strafprozessrecht Aufsätze	7
Versammlungsrecht Rechtsprechung	8
Versammlungsrecht Aufsätze	9
Präventiv-polizeiliche Eingriffe im Straßenverkehr	9

Polizeirecht Rechtsprechung

Das freie Mandat (Art. 38 I 2 GG) kann beeinträchtigt werden, wenn Büroräumlichkeiten des Abgeordneten ohne dessen Zustimmung von Dritten betreten werden.	BVerfG, 09.06.2020, NVwZ 2020, 1102
Im Falle behördlich angeordneter Freiheitsentziehung zum Zweck der Herbeiführung richterlicher Entscheidung über Gewahrsam nach Vorschriften des Polizei- und Ordnungsrechts richtet sich Rechtsschutz nach § 70 FamFG.	BGH, 30.04.2020, HRRS 2020, Nr. 923
Vielfache und beharrliche Verstöße in nur wenigen Tagen gegen Bestimmungen der Ausgangsbeschränkung rechtfertigen eine Ingewahrsamnahme.	AG Hof, 09.04.2020, COVuR 2020, 436
Ob Wohnungsdurchsuchung in der Nachtzeit zur zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht einer Person verhältnismäßig ist, wenn von der Durchsuchung auch nicht ausreisepflichtige minderjährige Personen betroffen sind, ist durch Abwägung der im Einzelfall betroffenen Rechtsgüter zu bestimmen.	OVG Bremen, 18.02.2020, NVwZ-RR 2020, 660
Begehung oder Fortsetzung einer Straftat i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 2 HmbSOG steht unmittelbar bevor, wenn im konkreten Fall nachvollziehbare Tatsachen indizieren, dass sofort oder in allernächster Zeit strafatbedingter Schaden eintreten wird. Ausreichend ist tatsächengestützte Überzeugung von der hohen Wahrscheinlichkeit einer künftigen Tatbegehung. Gewissheit ist nicht erforderlich. Verstoß gegen das in § 13a Abs. 1 Satz 1 HmbSOG verankerte Unverzüglichkeitsgebot hat grundsätzlich zur Folge, dass behördliche Ingewahrsamnahme rechtswidrig war und dies auf Antrag des Betroffenen nach Maßgabe des § 428 Abs. 2 FamFG festzustellen ist. Jedoch schlägt der Mangel nicht auf die von dem Gericht angeordnete Freiheitsentziehung durch; diese ergeht aufgrund eines Antrags der beteiligten Behörde in einem eigenen Verfahren unter selbständigen Voraussetzungen. Ihre Rechtmäßigkeit hängt allein davon ab, dass das für sie vorgeschriebene Verfahren eingehalten wird und die für sie bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, der Richter selbst also fehlerfrei vorgeht und entscheidet.	BGH, 12.02.2020, HRRS 2020, Nr. 495 = NStZ-RR 2020, 230
Bei polizeilichen Maßnahmen, die sich typischerweise kurzfristig erledigen, steht Betroffenen zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes aus Art. 19 Abs. 4 GG für die Zulässigkeit einer (Fortsetzungs-)Feststellungsklage erforderliche qualifizierte (Fortsetzungs-)Feststellungsinteresse zur Seite. Im Vorfeld einer Versammlung kann Polizei die Identität einer Person feststellen, die an zur Verhütung versammlungsspezifischer Straftaten eingerichteten mobilen Kontrollstelle angetroffen wird. Untersagung der Teilnahme an Versammlung nach § 10 Abs. 3 Satz 1 NVersG erst dann in Betracht, wenn weniger belastende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen	OVG Lüneburg, 14.01.2020, DÖV 2020, 335 (Ls.) = NordÖR 2020, 382 (Ls.)
Im materiellen Beamtenrecht nicht vorgesehenen vorläufigen Ernennung als Anordnungsinhalt nach § 123 III VWGO i.V.m. § 938 ZPO bedarf es prozesuell jedenfalls im Hinblick auf Entlassungsmöglichkeit nach § 23 IV BeamStG nicht. Nach Art. 33 II GG bestehender Beurteilungsspielraum erlaubt Dienstherrn, selbst bei einmaligem Fehlverhalten Zweifel an charakterlicher Eignung anzunehmen, wenn es charakterliche Mängel des Bewerbers deutlich zu Tage treten lässt. Auch jugendtypisches Fehlverhalten kann taugliche Grundlage für Eignungszweifel sein.	VGH Hessen, 18.12.2019, DÖV 2020, 530 (Ls.)
Anordnung erkennungsdienstlicher Maßnahmen nach § 24 I Nr. 2 iVm § 12 I Nr. 5 BPolG setzt u.a. voraus, dass Betroffener verdächtig ist, Straftat auf Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes begangen zu haben. Die Tatsache, dass Betroffener wegen Graffitis in einer Gaststätte, nicht auf dem Gebiet der Bahnanlagen des Bundes, nach § 303 II StGB verurteilt wurde und in der Nähe von Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes, aber nicht auf deren Gebiet Aufsprühen eines	VGH Mannheim, 18.12.2019, NVwZ-RR 2020, 449 (Ls.) = DÖV 2020, 335 (Ls.) = GSZ 2020, 83 (Anm. Wagner)

Graffitis vorbereitete, ohne jedoch Versuch einer Straftat verwirklicht zu haben, begründet keinen Verdacht iSd § 24 I Nr. 2 iVm § 12 I Nr. 5 BPolG.	
Übersendung einer Verfahrensbeschreibung für Datei, in der personenbezogene Daten zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben verarbeitet werden, an den Landesbeauftragten für Datenschutz ist formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzung für Speicherung personenbezogener Daten.	OVG Lüneburg, 18.10.2019, ZD 2020, 426
§ 16 II 3 BremVwVG erlaubt Durchsuchung der Wohnung eines vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländers zur Nachtzeit, wenn anderenfalls Durchsetzung der Abschiebung im Wege unmittelbaren Zwangs unmittelbar gefährdet wäre.	OVG Bremen 30.09.2019, NordÖR 2020, 122
Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Verfahrens ist es notwendig, dass Aufzeichnung der Rohdaten und bildliche Dokumentation jeder Messung durchgeführt wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich Betroffener ausreichend gegen Tatvorwurf verteidigen kann.	AG Lörrach, 22.07.2019, DAR 2019, 700 (Anm. Weigel)
Mit Begriff des Ortes in § 17 I 1 Nds. SOG wird engerer räumlicher Bereich umschrieben. Beschränkung auf ein Gebäude, eine Straße oder einen Platz ist damit nicht verbunden. Je nach Gefahrenlage kann Maßnahme auch darüber hinausgehenden Bereich betreffen. Wenn Dritte polizeiliche Maßnahme stören oder behindern, stellt dies konkrete Gefahr für Funktionieren einer staatlichen Einrichtung und damit für öffentliche Sicherheit dar, die Platzverweis rechtfertigt.	OVG Lüneburg, 04.02.2019, KR 2020, 95
Wer dienstliche Äußerungen eines Polizeibeamten bei einem Einsatz mittels Mobiltelefons aufzeichnet, kann sich wegen Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes strafbar machen	LG München, 11.02.2019, KR 2020, 185 = StV 2020, 321 (Ls.)

Polizeirecht Aufsätze

Polizeiliche Drohnenabwehr: Detektion, Verifikation, Intervention - Grundrechtseingriffe und Eingriffsbefugnisse	Arzt/Fährmann/Schuster, DÖV 2020, 866 ff.
Corona-App, Corona-Pass und Immunitätsausweise	Arzt DPolBl 5/2020, 4 ff.
Polizeilicher Umgang mit personenbezogenen Daten in der Corona-Pandemie	Fährmann/Arzt, DuD 2020, 801 ff.
Gefährdete Freiheitsrechte in Krisenzeiten – Lehren aus der COVID-19-Pandemie	Aden/Arzt/Fährmann Vorgänge 2/2020, 99 ff.
Jugendpolizei zwischen Schutz und Repression	Zurawski, CILIP 123, 2020, 62
Die Polizei und der Schutz von Frauen vor Gewalt	Haller, CILIP 123, 2020, 28
Polizei im Ausnahmezustand Beobachtungen während der Pandemie	Bosch/Fährmann/Aden, CILIP 123, 2020, 20
Drogen im öffentlichen Raum – Verdrängung, Schikane, kontrolliertes Gewährenlassen	Pütter/Künkel, CILIP 123, 2020, 10
Alltagspolizieren – Zugriff & Rückzug	Künkel/Pütter, CILIP 123, 2020, 3
220 Abfragen pro Sekunde – Das Schengener Informationssystem	Monroy, CILIP 121, 2020, 67
Ein aufhaltsamer Aufstieg: Zur Geschichte der automatisierten Gesichtserkennung	Meyer, CILIP 121, 2020, 57
KI in der Polizeiarbeit – Der Mythos vom vorhersagbaren Verbrechen	Galla, CILIP 121, 2020, 46
Datenschutz als „leere Hülle“: Interview mit dem Hamburger Datenschutzbeauftragten	Monroy, CILIP 121, 2020, 35

Einsatzmittel Smartphone – Nutzung von Mobiltelefonen im polizeilichen Arbeitsalltag	Schmidt, CILIP 121, 2020, 26
Von der Kartei zum „Datenhaus“: Zur Geschichte polizeilicher Datenhaltung	Burczyk, CILIP 121, 2020, 16
Spezielle technische Mittel der Polizei im Straßenverkehr – eine rechtliche Einordnung	Baldarelli, DPoIBI 2/2020, 24
Die polizeirechtliche Sicherstellung von Fahrzeugen	Weber, NZV 2020, 351
Aufzeichnen polizeilicher Amtshandlungen	Maibach, Polizeiinfo 04/2020, 38
Einsatz von „Mehrzweckpistolen“ durch die Polizeien der Länder	Pohl, Die Polizei 2020, 320
„Vorübergehende“ Platzverweisung – Anpassungsbedarf der zulässigen Dauer aufgrund der Änderung des PoIG NRW	Klein, Die Polizei 2020, 259
Rechtsprechungsanalyse – Zur Entwicklung des Polizei- und Ordnungsrechts 2013-2019	Trute, Die Verwaltung 2020, 99
Ein Musterentwurf mit Schlagseite zulasten der Freiheit	Pieroth, Die Verwaltung 2020, 39
Projekt Musterpolizeigesetz – Eine Stellungnahme	Möstl, Die Verwaltung 2020, 21
Auf dem Weg zu einem neuen „Musterpolizeigesetz“ – „Blaupause“ für die sicherheitsrechtliche Harmonisierung oder aussichtslose Makulatur?	Thiel, Die Verwaltung 2020, 1
Datenübermittlungen an Jugendämter zur Abwehr von Kindeswohlgefährdungen	Kirchhoff, NJW 2020, 1993
Interpol – eine internationale Organisation mit angemessenem Datenschutzniveau? Zum Vorlagebeschluss des VG Wiesbaden vom 27.06.2019	Petri, GSZ 2020, 6
Die aktuellen Aufgaben und Verwendungsfelder der Bundespolizei – Paradigma für Vernetzung und Multifunktionalität	Walter, Polizeiinfo 02/2020, 6
Von der innerdeutschen Grenze zum Hindukusch – die Biographie der Bundespolizei	Walter, Polizeiinfo 02/2020, 3
Die Überprüfung des Führerscheins in der grenzpolizeilichen Kontrolle	Onöskow, VR 2020, 127
Strategien zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität durch die Bundespolizei	Gellert, KR 2020, 275
Die Neuregelungen im Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) von 2020	Roggan, NJ 2020, 290
Community Policing in Zeiten des Populismus – Die Bearbeitung von Unsicherheitsgefühlen zwischen aktivierendem und Fürsorgestaat	Thurnes, DIE POLIZEI 2020, 127
Die Absage von Großveranstaltungen im Falle einer Gefahrenlage	Attendorn, DVBI 2020, 662
Drohende Gefahr und drohende terroristische Gefahr: Zwischen traditionellem Gefahrenbegriff und neuen Gefahrenkategorien	Reuter, DIE POLIZEI 2020, 159
Rechtsstaatlicher Rahmen der Terrorabwehr – eine Stellungnahme zum Stand der Diskussion um Gefahr, Gefahrenvorfeld und drohende Gefahr	Möstl, DVBI 2020, 160
Racial Profiling: Ein effektives Ermittlungsinstrument?	Krüger, P.W 02/2020, 39
Anmerkungen zum Racial Profiling	Ley, Polizeiinfo 02/2020, 30
Keine staatliche Gesichtserkennung ohne Spezial-Rechtsgrundlage	Mysegades, NVwZ 2020, 852
Automatisierte Kennzeichenerkennung	Reuter, Polizeiinfo 02/2020, 28
Zankapfel Intelligente Videoüberwachung – VG Hamburg kassiert Löschanordnung	Wübbelt, PVT 2020, 42
Schleierfahndung und Racial Profiling – Eine Gratwanderung	Walter, KR 2020, 240
Der Einsatz von Drohnen zur Überwachung des Kontaktverbots in Zeiten der Corona-Pandemie	Knell, NVwZ 2020, 688

Der staatliche Zugriff auf die digitalen Sprachassistenten Alexa, Google Home und Co.	Marx, DVBl 2020, 488
Welche präventive Funktion hat die Polizei im digitalen Raum?	Rüdiger, DPolBl 3/2020, 23
Facebook & Co.: Ermittlungshilfe in der polizeilichen Arbeit? Social Media als Recherchemedium	Dienstbühl, DPolBl 3/2020, 17
Polizeibeamte im Internet – eine dienstrechtliche Gratwanderung	Lambiase, DPolBl 3/2020, 15
Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in Gewahrsam halten	Bialon, Polizeiinfo 02/2020, 29
Covid-19/SARS-CoV-2 – (k)eine polizeiliche Einsatzlage	Arnd/ Brockmann, KR 2020, 283
Die Zukunft der Kostenpflicht für Polizeieinsätze im Umfeld von Fußballspielen	Frank, VerwArch 2020, 250
Tätlichkeiten (§ 185 StGB) und tätliche Angriffe (§ 114 StGB) als unterschiedliche Ehrverletzungsmodalitäten?	Roggan, KriPoZ 2020, 144
Zur Strafbarkeit des Filmens von Polizeieinsätzen – Überlegungen zur Auslegung des Tatbestands von § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB	Roggan, StV 2020, 328
Kommissar Rex entscheidet – Rechtswidrigkeit des „Hab-Acht-Befehls“ an einen Dienstthung	Lisner/Müller, NVwZ 2020, 195
Dashcams – erlaubt oder verboten?	Schlanstein, DPolBl 1/2020, 32
„Gaffer“ als polizeiliches Problem an Einsatzstellen	Müller, DPolBl 1/2020, 29
Das Recht am eigenen Bild – Wann liegt eine Gefahr für das Persönlichkeitsrecht eines Polizeibeamten vor?	Wernthaler, DPolBl 1/2020, 12
Polizei und Datenschutz – Vorgaben der neuen JI-RL für technische und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung datenschutzkonformer polizeilicher Datenverarbeitung	Borell/Schindler, INFORMATIK 2019, 393
Racial Profiling als Ermittlungshemmnis	Schwarzer, P.W 01/2017, 13

Strafprozessrecht Rechtsprechung

Täuschungsverbot des § 136a StPO richtet sich auch an verdeckte Ermittler. Insofern sind keine Täuschungen erlaubt, die über Nutzung der Legende hinausgehen. Verdeckter Ermittler darf Beschuldigten, der sich auf Schweigerecht berufen hat, jedenfalls nicht unter Ausnutzung eines geschaffenen Vertrauensverhältnisses beharrlich zu Aussage drängen und ihm in vernehmungähnlicher Befragung Äußerungen zu Tatgeschehen entlocken. Solche Beweisgewinnung verstößt gegen den Grundsatz „nemo tenetur se ipsum accusare“ und hat regelmäßige Beweisverwertungsverbot zur Folge	OLG Jena, 31.07.2019, StV 2020, 455
Ein Hinweis auf anwaltlichen Notdienst ist entbehrlich, wenn Beschuldiger bereits bestimmten Rechtsanwalt als Verteidiger benannt hatte. Das Gebot der Ermittlungsbehörden, bei Kontaktaufnahme mit einem Verteidiger zu helfen, beschränkt sich dann darauf, Verbindung zu dem benannten Rechtsanwalt herzustellen, sofern Beschuldiger nicht zu erkennen gibt, dass er nach Scheitern der Kontaktaufnahme anderen Rechtsanwalt als Verteidiger wählen will. Bringt Beschuldiger zum Ausdruck, sich mit einem Verteidiger besprechen zu wollen, kann Vernehmung ohne vorherige Konsultation nur fortgesetzt werden, wenn sich Beschuldiger nach wiederholter Belehrung mit der Fortsetzung einverstanden erklärt. Zweck der wiederholten Belehrung ist, Beschuldigten vor Augen zu führen, dass er Recht auf Verteidigerkonsultation nicht durch fehlgeschlagenen Kontaktversuch verwirkt hat.	BGH, 19.06.2019, StV 2020, 435 (Ls.) mit Anm. Eidam

Schwerwiegende Verstöße gegen Richtervorbehalt, in denen Richtervorbehalt gezielt oder leichtfertig umgangen wird, führen zu Beweisverwertungsverbot.	LG Köln, 09.05.2019, StV 2020, 365
Die Regelung des § 55 I StPO findet auch Anwendung, wenn ein Zeuge bei der Beantwortung von Fragen in die Gefahr gerät, wegen einer vor der Vernehmung begangenen Tat im Ausland strafrechtlich verfolgt zu werden.	BGH, 27.03.2019, StV 2020, 435 (Ls.)
Beweisverwertungsverbot für Erkenntnisse aus einer Observation. Ergibt sich bei einer wegen des Verdachts der Rauschgiftkriminalität angeordneten längerfristigen Observation (§ 163 f StPO) als „Zufallsfund“, dass der Beschuldigte ein ganz anderes Delikt minderer Bedeutung (hier: Fahren ohne Fahrerlaubnis) begangen hat, so verbietet § 477 II 2 StPO in der Regel einen „Export“ dieser Erkenntnis in ein anderes Strafverfahren.	KG Berlin, 20.12.2018, NZV 2020, 423 (Anm. Henseler)
Ob Übereinstimmung zwischen Allelen eines Beschuldigten und auf Tatortspuren festgestellten Allelen ausreichende Tatsachengrundlage für Annahme einer Täterschaft des Beschuldigten, hängt von Identitätswahrscheinlichkeit ab: Je geringer Wahrscheinlichkeit, dass andere Person identische Merkmale aufweist, desto höher kann Beweiswert einer Übereinstimmung. Tatrichter hat daher die Wahrscheinlichkeit mitzuteilen und Grundlagen für die Berechnung so darzulegen, dass dem Revisionsgericht Plausibilitätsprüfung möglich.	BGH, 06.06.2018, StV 2020, 435 (Ls.)
Bloße abstrakte Wahrscheinlichkeit eines künftigen Strafverfahrens genügt für Anordnung einer Maßnahme nach § 81g StPO nicht. Dementsprechend genügt bloße kriminalistische Erfahrung, dass bei Personen, die geneigt sind, sich aus sexueller Motivation kinderpornographische Bilder zu beschaffen und zu betrachten, nicht, auch wenn bei diesen Personen von erhöhter Wahrscheinlichkeit künftiger gleich gelagerter Straftaten auszugehen ist. Auch genügt allein die Tatsache, dass Beschwerdeführer wegen Besitzes kinderpornographischer Schriften verurteilt wurde, nicht, um Negativprognose zu begründen.	LG Braunschweig, 19.04.2018, StV 2020, 460 (Ls.)

Strafprozessrecht Aufsätze

Audio- oder audiovisuelle Aufzeichnung von Beschuldigten- und Zeugenvernehmungen – Rechtsstaatliche Notwendigkeit oder Misstrauensbeweis	Märkert, Polzeiinfo 04/2020, 6
Neue Chancen durch die audiovisuelle Beschuldigtenvernehmung	Loichen/ Nolden, Polzeiinfo 04/2020, 2
E-Evidence-Verordnung: Datenzugriff durch Strafverfolgungsbehörden aus dem Ausland?	Niekrenz, DuD 2020, 535
Wer sucht der findet... Fehlende OK-Ermittlungen	Bannenberg, KriPoZ 2020, 204
Die Bekämpfung von Clankriminalität in Deutschland: Verbundkontrollen im kriminalpolitischen und gesellschaftlichen Diskurs	Dienstbühl, KriPoZ 2020, 210
Das Legalitätsprinzip – eine Maxime gemeineuropäischen Strafverfahrensrechts	Jähnke, ZIS 2020, 241
Die Pflichtverteidigerbestellung im Ermittlungsverfahren – Polizeiliche Problemstellungen und rechtliche Herausforderungen im Zuge der Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben Teil 2: Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche	Keller, KR 2020, 257
Legendierte Fahrzeugkontrollen in der Reflexion von Recht und Praxis	Soiné/Weyhrich, KR 2020, 172
Erweiterte DNA-Analyse in der Strafverfolgung	Jansen, ZIS 2020, 233
Künstliche Intelligenz in der Strafverfolgung	Burkhardt, Kriminalistik 2020, 336
Das neue BDSG und die StPO: zwei, die bislang noch nicht zusammengefunden haben	Schwichtenberg, NK 2020, 91

Big Data-Based Predictive Policing and the Changing Nature of Criminal Justice – Consequences of the extended Use of Big Data, Algorithmus and AI in the Area of Criminal Law Enforcement	Momsen/Rennert, KriPoZ 2020, 160
Die Auswertung von Smartphones im Ermittlungsverfahren	Neuhaus, StV 2020, 489
ES LIEGT AUF DER HAND! – Zur Zulässigkeit der zwangsweisen Entsperrung von Smartphones mittels Fingerabdruckscanner	Hummels, Die Polizei 2020, 235
Die Pflicht zur audiovisuellen Aufzeichnung von Beschuldigtenvernehmungen im Ermittlungsverfahren und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit Beweisverwertungsverbote	Wickel, ZIS 2020, 311
Das Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 55 StPO bei der Gefahr ausländischer Strafverfolgung – zugleich Anm. zu BGH, 27.03.2019 – 4 StR 541/18	Lenk/Glöckle, StV 2020, 484
Lügendetektor 2.0 – Der Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Aufdeckung bewusst unwahrer Aussagen im Strafverfahren	Rodenbeck, StV 2020, 479
Polizeibeamte als Berufszeugen im Strafverfahren	Theune, StV 2020, 321
Die Rechtsprechung des Saarländischen VerFGH zum Gerät Traffistar S 350 und ihre Auswirkungen	Rebler, SVR 2019, 401

Versammlungsrecht Rechtsprechung

Auflage an den Versammlungsleiter einer angemeldeten Demonstration, aus Gründen des Infektionsschutzes über Teilnehmende eine Liste mit Daten über Vor- und Zuname, Adresse und Telefonnummer zu führen und diese zwei Monate zur Ermittlung von Kontaktpersonen durch Gesundheitsamt bereit zu halten, ist mit Wesensgehalt des Versammlungsrechts in der gegebenen Form unvereinbar. Recht anonym an Versammlung teilzunehmen, wird durch Versammlungsrecht des Grundgesetzes geschützt und gewährleistet, dass auch Personen an Versammlung teilnehmen können, die – etwa aus Furcht vor Sanktionen des Arbeitgebers, staatlicher Erfassung der Person oder geäußerten politischen Meinung – nicht bereit sind, Identität zu offenbaren.	VG Köln, 07.05.2020, COVuR 2020, 211 (Anm. Kalscheuer) = ZD 2020, 431
Es bleibt offen, ob von Art. 8 GG gedeckt, Ausübung der Versammlungsfreiheit durch Rechtsverordnung einem grundsätzlichen Verbot mit Erlaubnisvorbehalt zu unterwerfen und Erteilung einer Erlaubnis in Ermessen der Verwaltung zu stellen. Jedenfalls muss, wenn Regelung wie in § 3 I, VI BWCorona-VO aus Gründen des Schutzes von Leib und Leben getroffen wird, i.R.d. Ermessensausübung und möglichst auf Grundlage kooperativer, einvernehmlicher Lösung mit Versammlungsveranstalter dem Art. 8 GG durch eine hinreichende Berücksichtigung der konkreten Umstände des jeweiligen Einzelfalls im Wege praktischer Konkordanz Rechnung getragen werden.	BVerfG, 17.04.2020, NJW 2020, 1505 (Ls.) = NVwZ 2020, 711 = DVBl 2020, 764
Versammlungsbehörde hat unzutreffend angenommen, die Verordnung der Hessischen Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus enthalte generelles Verbot von Versammlungen von mehr als zwei Personen, die nicht dem gleichen Hausstand angehören. Damit hat sie die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit verletzt, weil sie nicht beachtet hat, dass zu deren Schutz ein Entscheidungsspielraum bestand.	BVerfG, 15.04.2020, LKV 2020, 167 = NVwZ 2020, 709
Wenn verfügtes Versammlungsverbot im Kern nicht mit Abwehr einer versammlungsspezifischen Gefahr, sondern einer seuchenpolizeilichen Maßnahme der Gefahrenabwehr zum Schutz von Leib und Leben der Versammlungsteilnehmer und darüber hinaus möglicher Kontaktpersonen dieses Personenkreises begründet wird, um dadurch weiterer rasanter Ausbreitung der hoch ansteckenden Corona-Viruskrankung in der Bevölkerung entgegenzuwirken, können diese nachvollziehbaren rechtlichen Erwägungen im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes bei der hier einzig möglichen überschlägigen Bewertung nicht erschüttert werden.	VGH Kassel, 01.04.2020, COVuR 2020, 208

Gegen friedliche Versammlungen darf nur unter besonderen Voraussetzungen des polizeilichen Notstands eingeschritten werden. Solches Einschreiten kommt in Betracht, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststeht, dass Versammlungsbehörde wegen Erfüllung vorrangiger staatlicher Aufgaben und gegebenenfalls trotz Heranziehung externer Polizeikräfte zum Schutz der angemeldeten Versammlung nicht in der Lage wäre.	BVerwG, 05.03.2020, GSZ 2020, 136 (m. Anm. Buchberger) = NVwZ-RR 2020, 687 = DÖV 2020, 639 (Ls.)
Bei polizeilichen Maßnahmen, die sich typischerweise kurzfristig erledigen, steht Betroffenen zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes aus Art. 19 Abs. 4 GG für die Zulässigkeit einer (Fortsetzungs-)Feststellungsklage erforderliche qualifizierte (Fortsetzungs-)Feststellungsinteresse zur Seite. Im Vorfeld einer Versammlung kann Polizei die Identität einer Person feststellen, die an zur Verhütung versammlungsspezifischer Straftaten eingerichteten mobilen Kontrollstelle angetroffen wird. Untersagung der Teilnahme an Versammlung nach § 10 Abs. 3 Satz 1 NVersG erst dann in Betracht, wenn weniger belastende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nicht ausreichen	OVG Lüneburg, 14.01.2020, DÖV 2020, 335 (Ls.)
Anfertigung von Übersichtsaufzeichnungen von Versammlung durch Polizeibeamte mit Foto-/Videotechnik ist nach heutigem Stand der Technik für Aufgezeichneten immer ein Eingriff in Art. 8 Abs. 1 GG, weil Einzelpersonen auch in Übersichtsaufzeichnungen in der Regel individualisierbar mit erfasst sind. Gilt auch dann, wenn Fotoaufnahmen zum Zweck der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Für Anfertigen von Fotoaufnahmen von Versammlungsteilnehmern zum Zweck polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit fehlt es an erforderlicher versammlungsgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage. Insbesondere kann sich Polizei nicht auf § 23 Abs. 1 Nr. 3 KunstUrhG stützen.	OVG Münster, 17.09.2019, DÖV 2020, 571, Anm. Hettich in DÖV 2020, 558 = ZD 2020, 432 (Ls.)

Versammlungsrecht Aufsätze

Alle Deutschen haben (k)ein Recht, sich ohne Erlaubnis zu versammeln?	Arzt Deutsche Polizei 9/2020, 35.
Waffenverbote im Versammlungsgeschehen	Brenneisen/Staack/ Schardt, PVT 04/2020, 14
Fotografierverbot von Versammlungsteilnehmern zum Zwecke der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit	Wernthaler, Polizeiinfo 04/2020, 27
Präventive Eingriffsmaßnahmen im Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	Brenneisen/Staack/ Dähling, Die Polizei 2020, 252
Treckerdemos und Klimastreik: Aktuelle Fragen des Versammlungsrechts – Rechtsprechungsübersicht	Peters/Janz, GSZ 2020, 19
Bildaufnahmen von Versammlungen und Versammlungsteilnehmern – Zugleich Anmerkung zu OVG NRW, Urt. v. 17.9.2019, 15 A 4753/18	Hettich, DÖV 2020, 558
Erfassen von Ordner in Listen und Vorlage auf Anforderung bei der Polizei bei öffentlichen Versammlungen	Wernthaler, Polizeiinfo 01/2020, 4
§ 12a VersG – Im Lichte der aktuellen Rechtsprechung	Wernthaler, Polizeiinfo 01/2020, 2
Gerichtliche Generalprävention nach „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“? Die strafrechtliche Aufarbeitung des G20-Gripfels in Hamburg	Krell/Sieren, StV 2020, 333

Präventiv-polizeiliche Eingriffe im Straßenverkehr

(Rechtsprechung und Aufsätze)

Rechtssicherheit beim Einschreiten gegen Reichsbürger – Reichsbürger bei Verkehrskontrollen	Wozny, DPolBl, 4/2020, 20
Das straßenverkehrsrechtliche Verhüllungsverbot in Zeiten der CORONA	Rebler/Müller, NZV 2020, 273
Betrachtung von Hochzeitskorsos im Lichte des Verkehrsrechts - Zwischen Ausgelassenheit und Gefährdung des Straßenverkehrs?	Heinze/Schramm, DPolBl, 2/2020, 10
Die Überprüfung des Führerscheins in der grenzpolizeilichen Kontrolle	Onöskow, VR 2020, 127